

Theodor Zotschew

**Der Außenhandel als Faktor
des wirtschaftlichen Wachstums
der sozialistischen Staaten
Südosteuropas**

Verlag Otto Sagner München · Berlin · Washington D.C.

Digitalisiert im Rahmen der Kooperation mit dem DFG-Projekt „Digi20“
der Bayerischen Staatsbibliothek, München. OCR-Bearbeitung und Erstellung des eBooks durch
den Verlag Otto Sagner:

<http://verlag.kubon-sagner.de>

© bei Verlag Otto Sagner. Eine Verwertung oder Weitergabe der Texte und Abbildungen,
insbesondere durch Vervielfältigung, ist ohne vorherige schriftliche Genehmigung des Verlages
unzulässig.

«Verlag Otto Sagner» ist ein Imprint der Kubon & Sagner GmbH.
Theodor Zotschew - 978-3-95479-707-3
Downloaded from PubFactory at 01/11/2019 10:07:36AM
via free access

Z 61. 42 (16)

SÜDOSTEUROPA-STUDIEN

im Namen der Südosteuropa-Gesellschaft herausgegeben von
WALTER ALTHAMMER

16

Theodor D. Zotschew

**Der Außenhandel als Faktor des
wirtschaftlichen Wachstums
der sozialistischen Staaten Südosteuropas**

EIGENVERLAG DER SÜDOSTEUROPA-GESELLSCHAFT
MÜNCHEN 1971

P 71/1562

Gleichzeitig erschienen als Kieler Sonderdruck 1
des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Geleitwort

Die sozialistischen Staaten Südosteuropas präsentieren sich als ein lehrreiches Studienobjekt ebenso für die Entwicklungsländerforschung wie für die empirische Wirtschaftsforschung, die Wachstumstheorie und die Weltwirtschaftslehre.

Durch die forcierte Industrialisierung in den letzten zwei Jahrzehnten haben diese Staaten ihre einstige Agrarstruktur aufgegeben und befinden sich auf dem Wege, Agrar-Industrie-Staaten und in einigen Fällen sogar Industrie-Agrar-Staaten mit stark urbanem Charakter zu werden.

Die zunehmende Differenzierung und Spezialisierung der Industrieproduktion, die Verknappung der Arbeitskräfte und die Gefahr, keine hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten mehr erzielen zu können, zwingen die sozialistischen Staaten, ihr Wirtschaftssystem zu reformieren und nach stärkeren Kontakten mit dem Westen auf wirtschaftlichem, technischem und wissenschaftlichem Gebiet zu suchen. Dies berührt unmittelbar die Interessen der westeuropäischen Volkswirtschaften und greift in ihre Güter- und Kapitalmärkte sowie in ihre Integrationsbestrebungen ein.

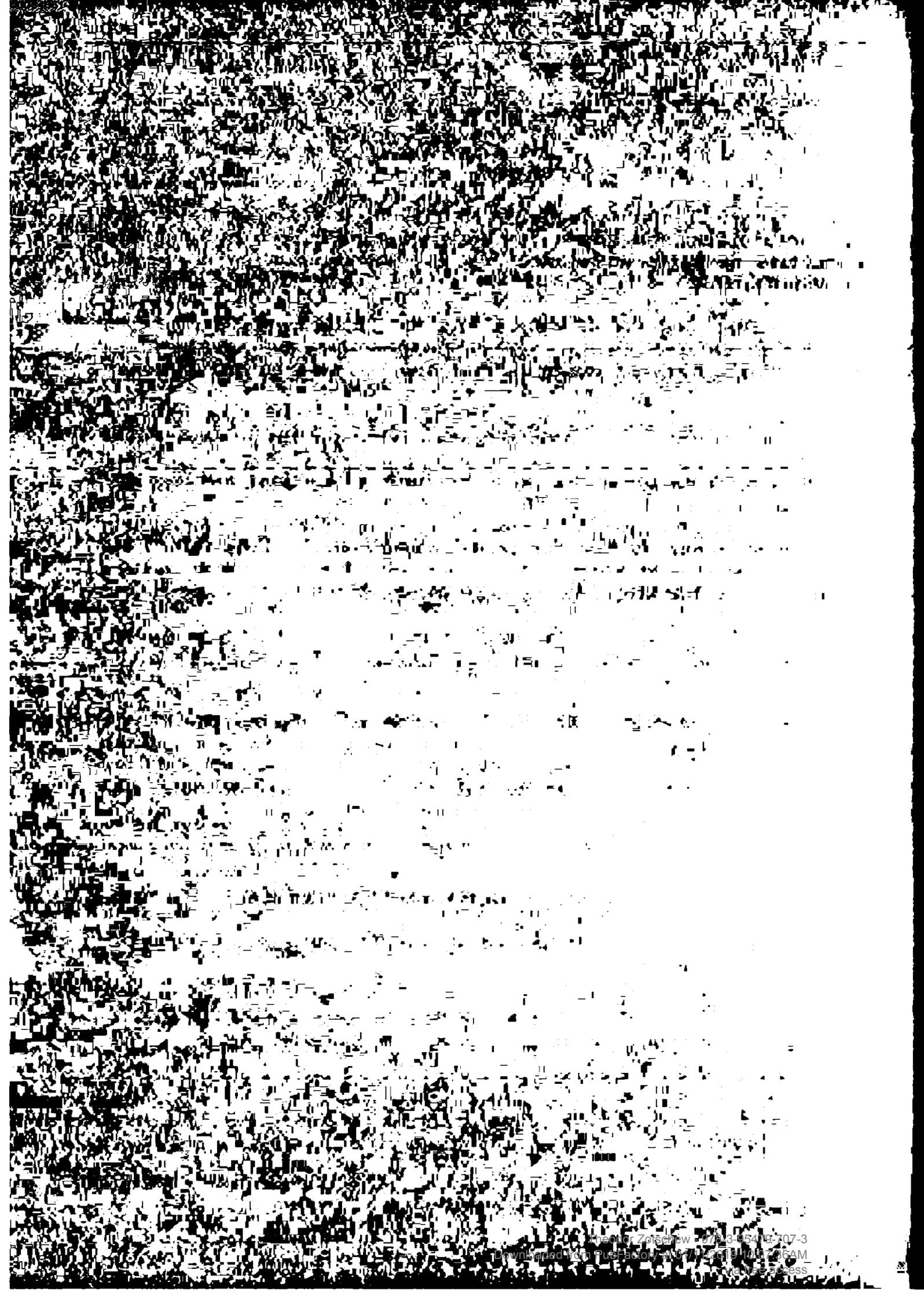
In der vorliegenden Studie werden die Zusammenhänge zwischen Außenhandel und wirtschaftlichem Wachstum der sozialistischen Staaten Südosteuropas in einer begrüßenswerten Kürze und Klarheit dargestellt.

Die SÜDOSTEUROPA-GESELLSCHAFT, zu deren Aufgaben die Pflege der allseitigen Beziehungen mit den südosteuropäischen Staaten und die Förderung von wissenschaftlichen Forschungsarbeiten über den Südosten gehört, legt die Studie der Öffentlichkeit vor in der Überzeugung, daß damit der sachlichen Diskussion insbesondere um die Ost-West-Beziehungen gedient ist.

Dr. Walter Althammer

Präsident der Südosteuropa-Gesellschaft

München, im Januar 1971



Vorwort

Diese Studie ist eine etwas ergänzte Fassung des wissenschaftlichen Vortrages, den ich im Rahmen meines Habilitationsverfahrens beim Fachbereich Wirtschaftswissenschaft der Freien Universität Berlin am 25. Nov. 1970 gehalten habe. Hierauf und aufgrund meiner wissenschaftlichen Arbeiten am Osteuropa-Institut zu Breslau in den Jahren 1941 - 1945 und am Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel seit 1945 wurde mir die *VENIA LEGENDI* für das Fach: "Wirtschaftspolitik unter besonderer Berücksichtigung der Wirtschaft Ost- und Südosteuropas" verliehen.

Es ist mir ein Bedürfnis, an dieser Stelle allen meinen Lehrern, Institutsdirektoren, Förderern und Gönnern zu danken, insbesondere den Herren Professoren: Hans-Jürgen Seraphim (†), Andreas Predöhl, Fritz Baade, Erich Schneider (†), Herbert Giersch, Karl C. Thalheim, Erich Klinkmüller und Hermann Gross.

Dem Institut für Weltwirtschaft in Kiel mit seiner umfangreichen Bibliothek, seiner Archivsammlung und seinen ausgezeichneten kollegialen und arbeitsmäßigen Bedingungen für wissenschaftliche Forschung fühle ich mich besonders verbunden.

Mein Dank gilt auch Herrn Prof. Gerold Krause-Junk, Vorsitzender des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaft der FU Berlin, für sein Einverständnis zur Veröffentlichung des Vortrages in dieser Form.

Der *SÜDOSTEUROPA-GESELLSCHAFT* sei für die Herausgabe der Studie ebenfalls gedankt.

Kiel, im Januar 1971

Dr. Theodor D. Zotschew

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Geleitwort	3
Vorwort	5
Verzeichnis der statistischen Tabellen (im Anhang)	8
1. Das Problem	9
2. Südosteuropa als Studienobjekt	11
3. Industrialisierung unter dem Sozialismus	16
4. Außenhandel und wirtschaftliches Wachstum in ihrer Interdependenz	19
5. Die außenwirtschaftlichen Partner	21
6. Zusammenfassung	26
Anhang:	
Statistische Tabellen über Gesellschaft und Wirtschaft der sozialistischen Staaten Südosteuropas	27
Bibliographischer Hinweis	30

**Verzeichnis der statistischen Tabellen
über Gesellschaft und Wirtschaft
der sozialistischen Staaten Südosteuropas
im Anhang**

- Tabelle 1: Einwohnerzahl 1950 - 1980 (in Mill.)
- Tabelle 2: Bevölkerung in Stadt und Land (in vH)
- Tabelle 3: Zahl der Arbeiter und Angestellten
1950 - 1967 (in 1000)
- Tabelle 4: Struktur des Nationaleinkommens 1967 (in vH)
- Tabelle 5: Indikatoren bzw. Ergebnisse des wirtschaft-
lichen Wachstums
Indexzahlen 1968 (1950 = 100)
- Tabelle 6: Der Außenhandel nach Warengruppen 1968 (in vH)
- Tabelle 7: Der Außenhandel insgesamt und an Maschinen
und Ausrüstungen je Kopf der Bevölkerung 1968
(in Dollar)
- Tabelle 8: Regionale Struktur des Exports 1968 (in vH)
- Tabelle 9: Währungskurse in US-Dollar und in DM
(Stand: 1. 1. 1971)

1. Das Problem

Zu den wichtigsten Faktoren des wirtschaftlichen Wachstums der sozialistischen Staaten, darunter auch jenen Südosteuropas, der Staaten also mit vorwiegend Gesellschaftseigentum an den Produktionsmitteln und mit zentraler oder neuerdings zum Teil auch dezentraler Planung und Leitung der Wirtschaft zählen:

1. Die Mobilisierung und der Einsatz der einheimischen Arbeitskräfte vermittels eines besonderen vom Staat in Gang gesetzten Preis-Lohn-Mechanismus ;
2. Die Aufbringung einer hohen Spar- und damit Investitionsquote durch Niedrighaltung, auf alle Fälle durch weitgehend autoritative, wenn auch globale Steuerung des privaten Verbrauchs der Bevölkerung durch den Staat ;
3. Beschleunigte Erschließung der einheimischen Energiequellen und sonstigen Ressourcen sowie Aufbau von Grundstoff- und Basisindustrien und damit Schaffung von Voraussetzungen für eine vielgliedrige Industrialisierung und
4. Erweiterung des Warenaustausches mit anderen Ländern vermittels des staatlichen Außenhandelsmonopols bei ständiger Diversifikation der ländermäßigen, insbesondere aber der warenmäßigen Struktur sowohl des Imports wie des Exports.

Die auf diese Weise durchgesetzte Industrialisierung in verhältnismäßig kleinen, wirtschaftlich und technisch schwach entwickelten, agrarbetonten und kapitalarmen Ländern geht dabei verständlicherweise Hand in Hand :

- a. mit dem schnellen Wachstum der Wirtschaft, zumal von einem niedrigen Stand der Produktion ausgegangen wird ;
- b. mit einem sich geradezu hektisch vollziehenden Wandel der sozial-ökonomischen Struktur der Bevölkerung, insbesondere durch die Abwanderung der Arbeitskräfte von der Landwirtschaft in die Industrie und durch die damit zusammenhängende Urbanisierung ;
- c. mit der zunehmenden Notwendigkeit, daß sich diese Volkswirtschaften mit fortschreitendem Wachstum und Differenzierung immer stärker in die Weltwirtschaft einschalten.

Je höhere Entwicklungsstufen der Industrialisierungsprozeß einer Volkswirtschaft erlangt, desto stärker ist sie auf den Gütertausch mit anderen Volkswirtschaften angewiesen und an technischer, wissenschaftlicher und finanzieller Zusammenarbeit mit den wirtschaftlich und industriell noch höher entwickelten Staaten interessiert. Die Industrialisierung und damit der Aufbau einer modernen Sozialstruktur in einem Land führen daher zwangsläufig zur Zusammenarbeit und zur außenwirtschaftlichen Verflechtung sowohl 'nach oben', d. h. mit ähnlich oder stärker industrialisierten Ländern, wie 'nach unten', d. h. mit schwächer oder gar nicht industrialisierten, jedoch danach trachtenden Ländern. Mit dem Hinweis darauf, daß jedes neue Stadium der Industrialisierung zunächst

einen neuen und erweiterten industriellen Zuschußbedarf erzeugt, " wie ihn nur ein vielgliedriger Industriekörper befriedigen kann ", hat Predöhl den Industrialisierungsprozeß eindeutig als Funktion einer intensivierten und erweiterten internationalen Zusammenarbeit deklariert ¹.

Die Erschließung der Produktivkräfte in einem Land - die meistens mit dem Aufbau von Industrien identisch ist - erfordert zusätzliches Kapital; weil die wirtschaftlich wenig entwickelten Länder wegen ihrer niedrigen Einkommen und der dadurch bedingten geringen Sparquoten nicht in der Lage sind, das erforderliche Kapital aus eigener Leistung aufzubringen, sind sie auf Kapitalzufuhr vom Ausland angewiesen. Man hat es hier mit dem Fall der permanenten Armut und Rückständigkeit zu tun, deren Durchbrechung anscheinend nur Revolutionen bewerkstelligen können, wenn die dafür sonst erforderlichen politischen Einsichten und Solidaritäten auf nationaler wie auf internationaler Ebene fehlen. Ohne technische, finanzielle und wirtschaftliche Hilfe von außen und ohne zielbewußte und zentralgesteuerte zusätzliche eigene Anstrengungen sind die armen Länder jedenfalls mit ihren in Tradition und Unwissen verharrenden Gesellschaften verurteilt, weiterhin arm zu bleiben, weil sie arm beginnen und sich nicht mit eigener Kraft allein aus dem Sumpf der Armut herausziehen können.

Weil in den ausgesprochen agrarischen Entwicklungsländern die landwirtschaftliche Produktion und das Einkommen in der Regel nicht schneller wachsen als die Vermehrung der Bevölkerung und weil die Hebung der Bodenerträge je Hektar Fläche und je Beschäftigten in der Landwirtschaft ohne Mechanisierung und Modernisierung der Anbaumethoden und ohne Schaffung kapitalintensiver Arbeitsplätze in der Industrie für die Aufnahme der von der Landwirtschaft freigesetzten Arbeitskräfte so gut wie unmöglich ist, erscheinen technische Entwicklung, Industrialisierung, sozialökonomischer Wandel und außenwirtschaftliche Entfaltung als interdependente Vorgänge auf dem Wege zur Wohlstandsentwicklung der traditionellen Gesellschaften ². Ernst Wagemann faßte den Entwicklungsrückstand Südosteuropas vor dem letzten Krieg folgendermaßen zusammen ³: " Der Abstand zwischen Mitteleuropa und dem Balkan im Arbeits- und Kapitaleinsatz wie in der Lebenshaltung der Bevölkerung ist in der Tat ungemein groß. Sollte man nicht meinen, daß dies ein Gefälle ist, das den Balkan in naher Zukunft mit dem brausenden Leben des mittel- und westeuropäischen Raumes erfüllen wird? "

¹ A. PREDÖHL, Die Industrialisierung Rußlands. In: "Weltwirtschaftliches Archiv", Bd. 36 (1932), S. 473.

² Siehe: Th. D. ZOTSCHEW, Wechselbeziehungen von Sozialstruktur und Außenhandel in den südosteuropäischen Ländern. Beitrag IV in: Von der Agrar zur Industriegesellschaft. Sozialer Wandel auf dem Lande in Südosteuropa. Hrsg. Fr. Ronneberger und G. Teich, Darmstadt 1969.

³ E. WAGEMANN, Der Neue Balkan. Altes Land - Junge Wirtschaft. Berlin 1939, S. 11.

Der sich inzwischen in den sozialistischen Staaten Südosteuropas vollzogene Umbruch hat zwar, mit Ronneberger gesprochen, die alte Formel von Südosteuropa als dem agrarischen Ergänzungsraum zu den industrialisierten Zonen des übrigen Europas nicht widerlegt, führte aber zur notwendigen Korrektur, " die sich bereits in den 30er Jahren andeutete und die heute das ökonomische Denken universal beherrscht " ¹.

Will man ermitteln, welche Aufgaben speziell dem Außenhandel im Wachstumsprozeß der sozialistischen Volkswirtschaften Südosteuropas zufallen bzw. welche Rolle der Außenhandel in ihrer bisherigen Entwicklung tatsächlich gespielt hat, dann bedarf es vorher zweier Voruntersuchungen:

die eine Untersuchung betrifft die entwicklungsmäßigen und die strukturellen Gegebenheiten der Volkswirtschaften vor ihrem Eintritt in die 'sozialistische' Wachstumsphase;

die andere Voruntersuchung befaßt sich dagegen mit den organisatorischen, insbesondere aber mit den funktionalen Zusammenhängen des Wachstumsprozesses während der 'sozialistischen' Entwicklungsphase selbst ².

2. Südosteuropa als Studienobjekt

In Südosteuropa haben wir es mit Entwicklungsländern zu tun, deren Probleme vor dem letzten Krieg zwar von der Wissenschaft analysiert und erkannt wurden, für deren Lösung jedoch die inneren ordnungspolitischen und finanziellen Kräfte, aber auch die erforderlichen außenwirtschaftlichen Möglichkeiten und weltwirtschaftlichen Konstellationen fehlten. In den meisten wissenschaftlichen Untersuchungen wurden die Entwicklungsprobleme der Südostländer zudem eher einseitig und nicht in ihrer Gesamtkomplexität gesehen. Hierüber schreibt Ronneberger ³: " Während die Ost- und Südosteuropa-Forschung hauptsächlich von Historikern, Ökonomen, Geographen und Linguisten getragen wurde, hat sich bei der Entwicklungsländer-Forschung von Anfang an die Soziologie und Politologie entscheidend beteiligt. ... Wir können sogar von einer paradoxen Situation sprechen ", sagt Ronneberger weiter, " nämlich der, daß die wesentlich ältere Südosteuropa-Forschung von der neueren Entwicklungsländer-Forschung nunmehr theoretische und methodische Impulse emp-

¹ Fr. RONNEBERGER, Südosteuropa auf dem Weg zur Industriegesellschaft. Beitrag I in: Von der Agrar- zur Industriegesellschaft, a. a. O., 1970, S. I/24.

² Über die wirtschaftliche Entwicklung vor und nach dem Zweiten Weltkrieg siehe insbes.: Th. ZOTSCHER, Die Industrialisierung Südosteuropas. In: Südosteuropa-Jahrbuch, Bd. 1 (1957), S. 141-156. — W. PIPER, Grundprobleme des wirtschaftlichen Wachstums in einigen südosteuropäischen Ländern in der Zwischenkriegszeit. Berlin 1961. — T. SURANYI-UNGER, Studien zum Wirtschaftswachstum Südosteuropas, Stuttgart 1964.

³ Fr. RONNEBERGER, Sozio-ökonomischer Wandel in Südosteuropa. Theoretische Ansätze und Forschungsstrategien, Nürnberg 1970 (Manuskript, S. 9).

fängt, die es ermöglichen, die bisherigen Forschungsergebnisse neu zu ordnen, zu integrieren und zu einem Ganzen zusammenzufügen".

Die südosteuropäischen Staaten bieten jedenfalls ein vortreffliches Studienobjekt dafür, wie Volkswirtschaften von ähnlicher Struktur und Entwicklungsstufe ihre Wachstumsprobleme mit Hilfe von verschiedenen Systemen und im Rahmen unterschiedlicher außenwirtschaftlicher Gegebenheiten und Möglichkeiten lösen. Es entspricht nämlich der Vielfalt des südosteuropäischen Raumes, daß man dort auch eine bunte Palette von Systemen und Systemkombinationen vor sich hat. Hier kann die Entwicklungsländer-Forschung umgekehrt wertvolle Anregungen bekommen und Erkenntnisse übernehmen, und es "kann erwartet werden, daß das Studium der südosteuropäischen Verhältnisse einige Modelle zur Erfassung und zum Verständnis des Geschehens in anderen Kontinenten liefert" ¹.

Trotz aller Differenziertheit in geschichtlicher, kultureller, volkstumsmäßiger und sprachlicher Hinsicht weisen die südosteuropäischen Staaten bestimmte Gemeinsamkeiten auf, die es rechtfertigen, daß der gesamte Raum als ein mehr oder weniger einheitliches Forschungsobjekt betrachtet wird. Zu diesen Gemeinsamkeiten zählen unter anderem:

Erstens: Späte politische Verselbständigung und damit verspäteter Aufbruch zum Aufbau und zur Modernisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ².

Zweitens: Stark wachsende Bevölkerung, einseitige kleinbäuerliche Agrarstruktur mit zersplittertem Bodenbesitz, mit traditionellen Anbaumethoden, Unterbeschäftigung, niedrige Erträge, geringe Marktleistung der Bauernhöfe, niedrige Sparquote und damit zusammenhängender Kapitalmangel, fehlende Industrie, technische und zivilisatorische Rückständigkeit und eine typische Isoliertheit von den Kapital- und Gütermärkten der Welt bildeten jedenfalls bis zum Zweiten Weltkrieg einen magischen Kreis, für dessen Durchbrechung die Kraft keines der Länder ausreichte und in welchem der Südosten auf unbestimmte Zeit zu verharren verurteilt schien. Mit einem durchschnittlichen Einkommen von weniger als 100 Dollar und mit Exportleistungen von 7 bis 17 Dollar je Kopf der Bevölkerung standen die südosteuropäischen Staaten auch mit an letzter Stelle der Wohlstandsskala in Europa.

¹ Fr. RONNEBERGER, Südosteuropa auf dem Weg zur Industriegesellschaft. Beitrag IV in: Von der Agrar- zur Industriegesellschaft, a. a. O., S. I/2.

² Abgesehen von der Türkei haben alle anderen südosteuropäischen Staaten ihre politische Selbständigkeit erst im neunzehnten und zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts erlangt, so u. a.: Griechenland 1829, Rumänien 1878 (autonom seit 1829), Bulgarien 1878, Albanien 1913, Ungarn 1918 (autonome Wirtschaftspolitik seit 1868), Jugoslawien 1918 (Serbien und Montenegro 1878). Die "Europäisierung" und Modernisierung der Türkei wurde auch erst in den 20er Jahren unter Kemal Atatürk eingeleitet.

Daß auf den Gebieten der Industrialisierung, der technischen Entwicklung, der Schaffung von neuen und produktiveren Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb der übervölkerten und mehr für die Selbstversorgung als für den Markt produzierenden Bauernhöfe irgend etwas geschehen mußte und daß dem Außenhandel bei dieser Entwicklung zentrale Aufgaben zufallen, darüber war man sich insbesondere in den akademischen Kreisen im Südosten wie im Westen einig¹. Eine Gesamtkonzeption und vor allem praktikable Vorstellungen, wie das Bauernproblem, wie die Unterbeschäftigung, d.h. die Millionen unzureichend Beschäftigten auf dem flachen Lande, wie überhaupt die allgemeine ökonomische und zivilisatorische Rückständigkeit über kurz oder lang zu überwinden wären, gab es jedoch nicht. Nach den wissenschaftlichen Untersuchungen wäre z. B. die bulgarische Landwirtschaft in der Lage - selbst bei gleichbleibender technischer Ausstattung - bis zu einem Drittel der dort vorhandenen Arbeitskräfte zu entbehren, ohne Produktionseinbußen zu erleiden - vorausgesetzt natürlich, daß man diese Arbeitskräfte anderweitig einsetzen könnte². Ähnlich waren die Verhältnisse in allen Südoststaaten.

Das Fehlen an Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb des Agrarsektors führte jedenfalls selbst zu solch irrigen Behauptungen, daß die Mechanisierung der Landwirtschaft ökonomisch unvorteilhaft und wirtschaftlich nicht nötig sei, weil die Maschinen die manuelle Arbeitskraft bei einigen Agrarkulturen ersetzen oder begrenzen könnten und damit zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit und zur Verschlimmerung der Notlage in den Dörfern führen würden³.

Die liberale Ära der Weltwirtschaft vor dem Ersten Weltkrieg und die besonderen innerwirtschaftlichen wie außenwirtschaftlichen Bedingungen, unter welchen sich die südosteuropäischen Staaten zwischen den beiden Weltkriegen befanden, boten zunächst wenig Chancen dafür, daß diese Staaten ihre wirtschaftlichen und sozialökonomischen Probleme einigermaßen zufriedenstellend hätten lösen können. Die bescheidenen, im Rahmen einer Schutzzollpolitik aufgebauten Verbrauchsgüterindustrien (nach der Idee und nach dem Vorbild von Friedrich List) erreichten alsbald ihre Grenzen. Die Enge der einheimischen Märkte, die Konkurrenz der entwickelten Industrieländer, der Mangel an Rohstoffen, an gelernten

¹ Siehe hierüber insbes.: H. GROSS, Südosteuropa. Bau und Entwicklung der Wirtschaft, Leipzig 1937. — M. MANOILESCU, Die nationalen Produktivkräfte und der Außenhandel. Berlin 1937. — Der selbe, Probleme des Industrialisierungsprozesses in Südosteuropa. In: "Weltwirtschaftliches Archiv", Bd. 61 (1945), S. 1-22.

² P. P. EGOROFF, Die Arbeit in der Landwirtschaft. In: I. St. MOLLOFF, Die sozialökonomische Struktur der bulgarischen Landwirtschaft. Berlin 1936 S. 183. — Siehe außerdem: O. v. FRANGEŠ, Die Bevölkerungsdichte als Triebkraft der Wirtschaftspolitik der südosteuropäischen Bauernstaaten. Jena 1939 (Kieler Vorträge 59).

³ D. I. TOSCHEFF, Die Grundbesitzverteilung und die Zusammenlegung der Grundstücke in Bulgarien. Sofia 1937, S. 218.

Arbeitskräften, an Erfahrung und allem voran aber an Kapital ließen keineswegs eine stärkere, geschweige denn vielfältigere Industrialisierung zu. Abgesehen vom Bergbau und von einigen metallgewinnenden und metallverarbeitenden Betrieben, vor allem in Ungarn und schwächer in Rumänien und Jugoslawien, erstreckte sich die südosteuropäische Industrie bis zum Zweiten Weltkrieg im wesentlichen auf die vier für die meisten Entwicklungsländer typischen Industriezweige, nämlich:

Nahrungs- und Genußmittelindustrie,
Textilindustrie,
Lederindustrie und
holzverarbeitende Industrie.

Kurzum, auch für Südosteuropa kamen solche Industrien in Frage, " die bei verhältnismäßig geringem Kapitaleinsatz viele wenig oder durchschnittlich qualifizierte Arbeitskräfte beschäftigen und über einen ausreichenden Inlandsbedarf verfügen " ¹.

Soweit es sich um sichere und lukrative Anlageobjekte handelte, floß auch Auslandskapital zu. Betriebe der Erdölförderung in Rumänien, des Erzbergbaus in Jugoslawien, der Aluminiumproduktion in Ungarn, ferner der Zuckerindustrie, der Zementindustrie und der Elektrizitätsgewinnung in den meisten Ländern befanden sich vielfach in den Händen von Aktiengesellschaften mit ausländischer Aktienmehrheit. Niederlassungen von Auslandsbanken in den Südoststaaten selbst spielten ebenfalls eine große Rolle bei der Finanzierung insbesondere von öffentlichen Bauten und Versorgungsanlagen in den jeweiligen Volkswirtschaften.

Die hohen Schutzzölle hatten zwangsläufig hohe inländische Industriegüterpreise zur Folge; weil die Masse der Landbevölkerung aber nur über ein geringes Geldeinkommen verfügte, wurde der größte Teil des Bedarfs an gewerblichen Erzeugnissen durch das Handwerk, ganz besonders aber durch die Eigenproduktion der Haushalte selbst gedeckt; dies engte freilich die ohnehin knappe und schwach vermarktete Rohstoffbasis für die Industrie noch mehr ein.

Nach Überwindung der Weltwirtschaftskrise Anfang der dreißiger Jahre trat für die südosteuropäische Landwirtschaft und Rohstoffgewinnung und für deren nachgeordnete Industrien, insbesondere dank der Belebung des deutschen Marktes und dank der Intensivierung der Zusammenarbeit mit Deutschland, ein gewisser Aufschwung ein. Ob Deutschland dabei die staatspolitische Absicht hatte, den Ländern zu fortschrittlichen Volkswirtschaften mit entwickelten und vielseitigen Industrien zu verhelfen, um das wichtigste und brennendste soziale Problem - die Übervölkerung auf dem flachen Lande - auf die Dauer zu lösen, läßt sich in Anbetracht der kur-

¹ H. - J. SERAPHIM, Deutsch-südosteuropäische Wirtschaftsgemeinschaft. Berlin 1943, S. 123.

zen Zeitspanne der damaligen bilateralen Zusammenarbeit nachträglich nicht nachweisen. Vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges entfielen auf Deutschland jedenfalls zwischen 30 und 60 % des Exports und des Imports der einzelnen südosteuropäischen Staaten, und es wird von niemandem bestritten, daß dies zum wirtschaftlichen Vorteil aller Beteiligten geschah¹. Schon damals stellten sich die heute in aller Welt bekannten Probleme der komplexen Entwicklungshilfe, wenn auch in etwas abgewandelter Form und unter anderen Vorzeichen. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang die vielseitige und mit hohem finanziellem und organisatorischem Aufwand verbundene Tätigkeit des Mitteleuropäischen Wirtschaftstags (MWT²).

So haben sich auch bis zum Ausgang des Zweiten Weltkrieges im gesamten südosteuropäischen Raum weder die Sozialstrukturen merklich geändert noch die wirtschaftliche Leistung wesentlich verbessert. Den etwaigen Wachstumsraten in der Wirtschaft von 2 bis 5% und selten darüber standen schließlich Vermehrungsquoten der Bevölkerung von jährlich 1,5 bis 3% gegenüber.

Bedingt durch den niedrigen Stand ihrer technischen Ausstattung und ihrer wirtschaftlichen Leistung, durch den permanenten Kapitalmangel, durch die sozialen Spannungen und die labilen politischen Verhältnisse sowie durch ihre - weltwirtschaftlich gesehen - mehr oder weniger isolierte Lage bedurften infolgedessen alle südosteuropäischen Länder ohne Ausnahme:

Erstens: des Einsatzes von wachstumsfördernden und auf eine gravierende und beschleunigte Veränderung der Sozialstrukturen gerichteten und daher zentral gesteuerten Mitteln und Maßnahmen;

¹ In: South-Eastern Europe. A Political and Economic Survey. Prep. by The Information Department of the Royal Institute of International Affairs in Collab. with The London and Cambridge Economic Service, London 1939, S. 198, heißt es hierüber wörtlich:

" It appears, therefore, that, at any rate up till the spring of 1939, the countries of South-Eastern on balance have gained, in a material sense and in the short run, by the increase in German purchases. Germany has helped to raise their export prices and to increase their national incomes, and she has not so far taken advantage of her bargaining position to turn the terms of trade in her favour, so that their "real" incomes have been raised. "

Entnommen aus: H. GROSS, Die deutsch-südosteuropäischen Wirtschaftsbeziehungen. In: Südosteuropa-Jahrbuch, Bd. 1 (1957), S. 34.

² Siehe u. a.: Fr. GLÜCK, Der Mitteleuropäische Wirtschaftstag. Beispiel organischer Entwicklungsarbeit. In: Wirtschaftswissenschaftliche Südosteuropa-Forschung. Grundlagen und Erkenntnisse. Ausgewählt und redigiert von Th. Zotschew, Südosteuropa-Schriften, Bd. 4, München 1963, S. 109 ff. — Frhr. v. WILLMOWSKY, Erinnerungen. Als Manuskript gedruckt (nicht für die Öffentlichkeit), Berlin 1951, S. 175-217.

zweitens: der Intensivierung der Exportleistung und damit der Importmöglichkeiten im Rahmen einer auf die Förderung und auf den Ausbau der Industrie im Südosten selbst ausgerichteten internationalen Zusammenarbeit und

drittens: der Gewährung finanzieller, materieller, wissenschaftlicher und technischer Hilfe vom Ausland.

3. Industrialisierung unter dem Sozialismus

Alle drei Voraussetzungen ergaben sich erst nach dem Zweiten Weltkrieg, und zwar in einer besonderen, auf alle Fälle bis dahin unvorhergesehenen Weise, nämlich: bei den kommunistisch regierten Staaten durch ihren Einbezug in die sowjetische Einflußsphäre, durch die Einführung des sowjetischen Systems der staatlichen Zentralverwaltungswirtschaft und durch die damit geschaffenen Möglichkeiten und Notwendigkeiten, eine engere und vielseitige Zusammenarbeit mit der Sowjetunion einzugehen. Für Jugoslawien währte diese Zusammenarbeit zunächst bis 1948, bis sie dann unter veränderten Bedingungen nach 1955 zumindest formell und nach 1964 auch in der Praxis langsam wieder aufgenommen wurde.

Griechenland und die Türkei behielten zwar ihre überkommene gesellschaftliche und ihre staatspolitische Ordnung unverändert bei, und sie setzten ihre außenhandelspolitische Ausrichtung nach dem Westen fort, doch auch für sie veränderten und verbesserten sich die Möglichkeiten für den Aufbau ihrer Wirtschaft entscheidend, zunächst durch die Marshall-Plan-Hilfe, dann aber vor allem durch die Bündnisverträge (NATO) und durch die internationalen und überregionalen Integrationsbestrebungen (Assoziierungsverträge mit der EWG) und durch die weltweite Entwicklungspolitik der westlichen Industriestaaten¹.

Zu den ersten Sozialisierungsschritten der Nachkriegsregierungen Albaniens, Bulgariens, Jugoslawiens, Rumäniens und Ungarns gehörten die Verstaatlichung des Außenhandels und sein Einbezug in die volkswirtschaftliche Gesamtplanung. Die damit zusammenhängenden Maßnahmen konnten verhältnismäßig schnell durchgesetzt werden, weil der Außenhandel schon während des Krieges weitgehend staatlichen Reglementierungen unterstellt war. Ohne auf die Entwicklung und auf die organisatorischen Besonderheiten des staatlichen Außenhandelsmonopols näher einzugehen, sei hier der Mechanismus skizziert, mit dessen Hilfe der sozialistische Staat den Außenhandel in den Dienst seiner Industrialisierungspolitik einsetzt, wenn man vom Sonderfall Jugoslawiens seit den 60er Jahren und von den neuerlichen Reformbestrebungen in den anderen Staaten absieht².

¹ G. ZIEGLER, Griechenland in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Südosteuropa-Studien 4, München 1962. — M. ETE, Probleme der Assoziierung der Türkei mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Südosteuropa-Studien 5, München 1963.

² Siehe hierüber insbes.: H. BUCK, Technik der Wirtschaftslenkung in Kommunistischen Staaten. Band I und II. Coburg 1969.

Hat der sozialistische Staat einmal die Verfügungsgewalt über die meisten Produktionsmittel erlangt, dann gilt er gleichzeitig auch als der wichtigste und in manchen Ländern sogar als der einzige Arbeitgeber. Die Löhne und Preise werden vom Staat so festgesetzt, daß die meisten Männer im arbeitsfähigen Alter und der größte Teil der Frauen arbeiten müssen, wenn sie nicht unter dem Existenzminimum der Lebenshaltung bleiben wollen. Auf diese Weise werden die verfügbaren Arbeitskräfte weitgehend erschlossen und nach und nach in den Produktionsprozeß eingegliedert. Breit angelegte Aktionen für Schulung und Berufsausbildung laufen parallel hierzu, wobei die Lernbegier der Jugendlichen und eine allgemeine Beliebtheit des Lehrerberufs diesen Aktionen zugute kommen.

Im sozialistischen System befinden sich Produktionsmittel und Kapitalbildung in den Händen des Staates selbst oder in den Händen von vom Staat autorisierten gesellschaftlichen Betrieben, was auf dasselbe hinausläuft. Die Kapitalakkumulation erfolgt in Form von Steuern auf Verbrauchsgüter und von Abgaben der Betriebe an den Staat. Über die Investitionen, über den Umfang und über die Struktur der Güterproduktion, über die Preise, über das Einkommen der Bevölkerung und damit über den Inlandsverbrauch, ferner über den zu realisierenden Export sowie über die erforderlichen Güter für den Import wird in den staatlichen und in den gesellschaftlichen Plänen entschieden und nicht auf dem Markt. Mit Hilfe des Außenhandelsmonopols werden dabei die innerwirtschaftlichen Vorgänge und der außenwirtschaftliche Leistungs- und Zahlungsverkehr voneinander so getrennt, daß die sozialistische Volkswirtschaft von jeglichen unerwünschten, ungewollten, nicht geplanten und vom Staat nicht ausdrücklich dekretierten und vorgenommenen Kontakten mit dem Ausland völlig abgeschirmt wird.

Die Südoststaaten zweigen zwischen 20 und 35% ihres Nationaleinkommens für Investitionszwecke ab, womit einige von ihnen selbst die Sowjetunion übertreffen¹. Weil das Einkommensniveau verhältnismäßig niedrig ist, sind solche hohen Investitionsquoten verständlicherweise nur bei größten Entbehrungen und bei vom Staat auferlegten Konsumeinschränkungen möglich. Die Hälfte und mehr der Investitionen fließt dabei stets dem Ausbau der Energiewirtschaft und der Industrie zu, darunter insbesondere der Schwer- und Produktionsmittelindustrie und der damit zusammenhängenden Bauwirtschaft. Die forcierte Investitionstätigkeit, die Gewährung von höheren Löhnen und von besseren Aufstiegsmöglichkeiten im gewerblichen Sektor als in der Landwirtschaft, die Kollektivierung der bäuerlichen Betriebe (in Jugoslawien wurde die Kollektivierung zwar Anfang der fünfziger Jahre rückgängig gemacht, als ideologisches Ziel besteht sie aber weiterhin) und die oft bessere allgemeine Versorgungslage in den Städten führten dazu, daß binnen kurzer Zeit Millionen von Menschen, meistens jüngeren Alters, von den Dörfern in die Städte und in die Industriezentren abwanderten und Südosteuropa da-

¹ UN (ECE), Economic Survey of Europe in 1969, Part II, New York 1970, S. 38.

durch eine neue soziale Struktur bekommen hat¹. Die städtische Bevölkerung der fünf sozialistischen Südoststaaten hat sich durch Zuwanderung und durch natürliche Vermehrung im Verlauf von zwei Jahrzehnten entsprechend von 12 Mill. auf 24 Mill. Menschen erhöht und damit verdoppelt. Zugleich ist ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung von rund 25 auf 40% gestiegen (siehe Tab. 2 im Anhang).

Daß diese ebenso abrupt wie stürmisch ausgelöste Urbanisierungswelle schwerwiegende und vielfältige soziologische, psychologische, demographische, infrastrukturelle und ähnliche Probleme aufwirft, versteht sich von selbst. Mit den damit verbundenen Gefahren und möglichen Auswirkungen hat sich Thalheim schon im Jahre 1942 in einem Aufsatz befaßt². Auf der anderen Seite darf nicht verkannt werden, daß erst die Freisetzung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft und die im Rahmen der Entwicklungs- und Außenhandelspläne betriebene Investitionstätigkeit und Ausweitung der Industrie es schließlich möglich machten, daß die fünf Staaten im Verlauf von zwei Jahrzehnten etwa 8 Mill. neue Arbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft geschaffen haben, womit sich die Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten in dieser kurzen Zeitspanne mehr als verdoppelt hat (hierüber unterrichten die Zahlen der Tab. 3 im Anhang).

Durch Verdoppelung und in einigen Staaten durch Verdreifachung der Zahl der Beschäftigten speziell in der Industrie und durch gleichzeitige Anhebung der Produktivität je Industriebeschäftigten, nicht zuletzt dank entsprechender Importstrukturen, konnten z. B. Rumänien und Bulgarien ihre Industrieproduktion jeweils fast verzehnfachen und Ungarn und Jugoslawien jeweils verfünffachen. Diese Produktionsausweitung hat ihrerseits zu einer Verdrei- bis Verfünffachung des Nationaleinkommens und zu durchschnittlichen jährlichen Steigerungsraten bis zu 10% geführt (siehe Tab. 5 im Anhang).

Die sozialistischen Staaten Südosteuropas haben inzwischen ihre einstige ausgesprochene Agrarstruktur aufgegeben, und sie befinden sich auf dem Wege, Agrar-Industrie-, wenn nicht gar Industrie-Agrar-Volkswirtschaften zu werden, bei denen die Industrie bereits bis zu zwei Drittel und die Landwirtschaft zwischen einem Fünftel und einem Drittel des Nationaleinkommens einbringen. Für die Beschäftigung spielt die Landwirtschaft freilich eine bedeutend größere Rolle; ihre Anteile bewegen sich hier zwischen 30% in Ungarn und noch 54% in Rumänien (siehe Tab. 5 im Anhang).

¹ Damit befaßt sich u. a.: Th. D. ZOTSCHER, Sozialer Wandel im kommunistischen Südosteuropa. In: "Der Donaauraum", Wien, Jg. 14 (1969), H. 4, S. 215-226.

² K. C. THALHEIM, Industrialisierung, Wirtschaftsstruktur und Volksordnung in Südosteuropa. In: Beiträge zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung. Gesammelte Aufsätze und Vorträge: Berlin 1965, S. 319-342. — Der selbe ebenda, Wandlungen der Sozialstruktur im Donaauraum seit dem ersten Weltkrieg, S. 364-381.

4. Außenhandel und wirtschaftliches Wachstum in ihrer Interdependenz

Bei den gegebenen Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen und Produktionsverhältnissen in den südosteuropäischen Staaten am Ende des Zweiten Weltkrieges waren eine Industrialisierung und ein Wachstum der Wirtschaft in dem seither zurückgelegten Tempo und Ausmaß nur im Zusammenhang und mit Hilfe eines entsprechenden Warenverkehrs mit dem Ausland möglich. Schon die Tatsache, daß alle Länder so gut wie keine metallschaffende, metallverarbeitende und überhaupt keine Maschinenbauindustrien hatten - wenn man von den wenigen Ausnahmen in Ungarn und Rumänien absieht - zeigt, daß die Erschließung der einheimischen Ressourcen und der Aufbau von Industrien nur auf dem Wege des Imports der dafür erforderlichen Ausrüstungen, Maschinen und Materialien möglich war bzw. möglich ist. Wie aus den bulgarischen statistischen Veröffentlichungen hervorgeht, entfallen dort z. B. auch heute noch über zwei Drittel der Maschineninvestitionen auf importierte und weniger als ein Drittel auf einheimische Maschinen. Ähnlich dürften die Verhältnisse auch in den anderen Südoststaaten liegen.

Mit der forcierten Industrialisierung - zumal diese nach dem sowjetischen Modell von der Produktionsmittelindustrie, also vom sogenannten 'Stahlweg', und nicht von der Verbrauchsgüterindustrie, vom sogenannten 'klassischen Textilweg', ausgeht - wächst dabei zusehends und von Land zu Land unterschiedlich der Importbedarf an Brennstoffen, Rohstoffen und Halbmaterialien aller Art.

Eine Vorstellung von der wechselseitigen Abhängigkeit zwischen Industrialisierung bzw. wirtschaftlichem Wachstum auf der einen Seite und Außenhandel auf der anderen Seite vermitteln die Zahlen der Tabelle 5 im Anhang. Einer Versechsfachung bis Verdreizehnfachung des Außenhandels von 1950 bis 1968 (Spalte 5) steht - wie bereits erwähnt - eine Verfünf- bis Verzehnfachung der Industrieproduktion (Spalte 3) und eine Verdrei- bis Verfünffachung des Nationaleinkommens (Spalte 6) der einzelnen Südoststaaten gegenüber.

Wenn der Außenhandel schneller wächst als das Nationaleinkommen, dann nehmen auch die Außenhandelsquoten zu, d. h. dann spielt der Außenhandel eine immer größer werdende Rolle im Wachstumsprozeß der Volkswirtschaften. Würde man die bisher letzten von Klinkmüller und Machowski nach den westlichen Berechnungsmethoden ermittelten und bis zum Jahre 1965 reichenden Außenhandelsquoten am Bruttosozialprodukt¹ bis 1968 und 1969 fortschreiben, dann ergeben sich Quoten von etwa

¹ E. KLINKMÜLLER/H. MACHOWSKI, Nationaleinkommen und Bruttosozialprodukt einiger RGW-Länder, der USA und der BR Deutschland. In: "Osteuropa-Wirtschaft", Stuttgart, Jg. 11 (1966), H. 2, S. 166.

34% für Bulgarien, von 22% für Ungarn und von 17% für Rumänien; die jugoslawische Quote dürfte bei 20% liegen. Bei einer Außenhandelsquote von vergleichsweise 34% für die Bundesrepublik Deutschland wird deutlich, in welchem hohen Maße die südosteuropäischen Volkswirtschaften inzwischen bereits außen- und weltwirtschaftlich integriert worden sind und wie stark das Wachstum dieser Volkswirtschaften von der Entwicklung und von der Gestaltung des Außenhandels bestimmt wird.

Mit Hilfe des Außenhandels haben alle Südoststaaten die Gesamtindustrie, ganz besonders aber ihr Herzstück, die Maschinenbauindustrie, inzwischen soweit ausgebaut, daß auf diesen Industriezweig bereits zwischen 20 und 25% der gesamten Industrieproduktion entfallen und dieser Anteil bei allen Staaten im Steigen begriffen ist. Damit kommt der Maschinenbauindustrie heute und erst recht künftig eine zentrale Stellung im Wachstum der Volkswirtschaften zu.

Industrialisierungserfolge, Außenhandelsverflechtung und Außenhandelsabhängigkeit dokumentieren sich besonders deutlich an der volumemäßigen Ausweitung und an der strukturellen Ausfächerung sowohl des Imports wie des Exports gerade an Maschinen und Ausrüstungen: Ihre Anteile am Gesamtimport bewegen sich (siehe Tab. 6 im Anhang) zwischen 30 und 45%, die Anteile am Gesamtexport zwischen 21 und 34%. Nach den Perspektivplänen bis 1980 soll der Export einiger Staaten - z. B. Bulgariens und Ungarns - zur Hälfte und mehr aus Maschinen und Investitionsausrüstungen bestehen.

Betrachtet man den Maschinenimport als ein Indiz für die Investitionstätigkeit und damit als Indiz für den Aufbau der Wirtschaft auf der einen Seite und den Maschinenexport als Indiz für den Industrialisierungsgrad und zugleich als Indiz für den Spezialisierungs- und Leistungsstand der Industrie auf der anderen Seite, dann reißen sich die Südoststaaten bereits langsam ein an die Seite der Maschinenbauländer mit wachsender und sich mehr und mehr spezialisierender Maschinenproduktion, Maschineneinfuhr und Maschinenausfuhr.

An Hand der Werte über den Maschinenimport und Maschinenexport je Kopf der Bevölkerung (siehe Tab. 7 im Anhang) kann jedenfalls folgende Feststellung gemacht werden: Ungarn und Bulgarien sind in ihrer bisherigen Industrialisierung am weitesten vorangekommen, gefolgt von Rumänien, Jugoslawien und Albanien. Binnen zweier Jahrzehnte haben z. B. Ungarn fast ein Drittel und Bulgarien ein Viertel des Pro-Kopf-Maschinenexports der Bundesrepublik erreicht, des Landes also mit dem größten Pro-Kopf-Maschinenexport in Europa.

Nimmt man übrigens zum Maschinenexport der Südoststaaten noch ihren Export an Verbrauchsgütern hinzu, dann entfallen auf diese zwei Hauptbranchen der verarbeitenden Industrie bereits 59% und 42% des ungarischen bzw. des bulgarischen und 37% und 36% des jugoslawischen bzw.

des rumänischen Gesamtexports. Das soll als Illustration für die Struktur der südosteuropäischen Industrieproduktion und des Industrieexports dienen.

5. Die außenwirtschaftlichen Partner

Außer durch eigene Anstrengungen und Leistungen wurde diese Entwicklung zumindest für Bulgarien, Rumänien und Ungarn im wesentlichen durch zwei weitere Faktoren ermöglicht, nämlich: erstens, durch die Öffnung der geradezu unermesslichen sowjetischen Märkte für die Exporterzeugnisse der südosteuropäischen Industrie und Landwirtschaft bei einer zielbewußten Politik der Sowjetunion selbst, ihren Einfluß im Südostraum auch auf wirtschaftlichem Gebiet auszudehnen, ihn sozusagen materiell und wirtschaftsstrukturell zu untermauern und zu festigen und das Wirtschaftspotential der Südoststaaten in die eigene wirtschaftliche Aufbaupolitik einzubeziehen; zweitens, durch die Intensivierung des Außenhandels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit unter den Mitgliedstaaten des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) schlechthin.

Nach dem Bruch mit der Sowjetunion im Jahre 1948 wandte sich Jugoslawien dem Westen zu. Warenverkehr, Touristik, Geldüberweisungen der jugoslawischen Gastarbeiter im Westen (ihre Zahl dürfte bereits 1 Million erreicht haben), westliche Kapitaltransfers und Kredite an Jugoslawien, jugoslawischer Schuldendienst dem Westen gegenüber u. dgl. dürften inzwischen den Wert von 5 Mrd. \$ jährlich (in beiden Richtungen zusammen) überschritten haben.

Albanien versuchte bis 1948 mit Unterstützung Jugoslawiens, bis 1960 in Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und seither mit chinesischer Hilfe seine Wirtschaft aufzubauen.

Was die regionale Struktur des Außenhandels der südosteuropäischen Staaten anbetrifft (siehe Tab. 8 im Anhang), sei soviel gesagt, daß der Export Jugoslawiens mit einem Anteil des Westens von 65% und der Export Rumäniens mit einem Anteil von 42% sozusagen die breiteste ländermäßige Streuung aufweisen, wohingegen der Export Bulgariens nur zu 23% und der Ungarns zu 30% nach dem Westen geht.

Bei den Südostexporten nach Westeuropa spielen in den letzten Jahren industrielle Verbrauchsgüter, insbesondere Textilien, Kleidung, Lederwaren, elektrotechnische Erzeugnisse u. a., eine immer größere Rolle. Auch Werkzeugmaschinen, Walzstahl und Produktionsmittel kommen bereits vereinzelt, aber immerhin in zunehmendem Maße vor.

Hervorzuheben wäre noch, daß alle Südoststaaten sich mittlerweile anschicken, wenn auch zunächst in bescheidenem Umfang, Erzeugnisse ih-

rer Produktionsmittel- und Maschinenbauindustrie in die überseeischen Entwicklungsländer zu exportieren und diesen Ländern auch technische, wissenschaftliche und fachmännische Hilfe zu gewähren. Dies erfolgt vor allem in Form der Errichtung, Finanzierung und Betreuung von kompletten Industrie- und sonstigen Anlagen. Als blockfreier Staat steht hier Jugoslawien zur Zeit an erster Stelle; ein Achtel seines Exports geht bereits in die Entwicklungsländer¹.

Das zentrale Problem der heutigen und erst recht der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung aller sozialistischen Staaten ist - mit Boettcher gesprochen² -, von der bisherigen, vorwiegend extensiven, in eine neue intensive Phase des wirtschaftlichen Wachstums überzugehen. Das will heißen, daß die Wachstumsraten nicht mehr wie bislang hauptsächlich durch Einstellung von zusätzlichen Arbeitskräften, sondern in erster Linie durch Hebung der Arbeitsproduktivität, d.h. durch effizienteren Einsatz der Produktionsfaktoren, erlangt werden sollen. Das gilt ganz besonders für die Länder, bei denen die Arbeitskraftreserven bereits weitgehend erschöpft sind, wie z. B. in Ungarn und zum Teil auch in Bulgarien.

Der besagte Übergang bedarf aber der Erfüllung von drei interdependenten Voraussetzungen, nämlich³:

-
- ¹ Im Sammelwerk: Die Außenwirtschaft Südosteuropas. Herausgegeben von J. Meier und J. Hawlowitsch. Schriften der Studiengesellschaft für mittel- und osteuropäische Partnerschaft, Köln 1970, sind behandelt und mit statistischen Übersichten versehen worden: Entwicklung, Probleme und Perspektiven der Außenwirtschaft aller acht südosteuropäischen Staaten. — Siehe außerdem: E. WEBER, Stadien der Außenhandelsverflechtung Ostmittel- und Südosteuropas. Ökonomische Studien, Band 19. Herausgegeben von K. Schiller. Stuttgart 1971. — W. GUMPEL und H. VOGEL, Die Wirtschaft Ungarns, Bulgariens und Rumäniens. Lage und Aussichten. Schriftenreihe: Gegenwartsfragen der Ostwirtschaft, Band 5. Herausgeber H. Raupach. München 1968. — R. KRENGEL, Die Bedeutung des Ost-West-Handels für die Ost-West-Beziehungen. Die Deutsche Frage in der Welt, Band 6. Göttingen 1967.
- ² E. BOETTCHER, Die sowjetische Wirtschaftspolitik am Scheidewege. Tübingen 1959.
- ³ Über Wirtschaftsreformen siehe u. a.: Th. D. ZOTSCHEW, Außenhandel und wirtschaftlicher Revisionismus in den Donaustaaten. In: "Der Donau-Raum", Wien. Jg. 11 (1966), H. 1-2, S. 23-36. — Wirtschaftsreformen in Osteuropa. Herausgegeben von K. C. Thalheim und H.-H. Höhmann. Köln 1968. — Osteuropa-Wirtschaftsreformen. Herausgegeben von H. Gross. Dokumente und Kommentare zu Ost-West-Fragen. Band VIII. Bonn u. a. 1970. — Wachstumsprobleme in den osteuropäischen Volkswirtschaften. Herausgegeben von K. C. Thalheim. Schriften des Vereins für Socialpolitik. Neue Folge, Band 50/II. Berlin 1970. — Östliche Wirtschaftssysteme und ihre Wandlungen. Beihefte der Konjunkturpolitik, Heft 17. Berlin 1970.

Erstens, daß Planung, Leitung und Ablauf der Wirtschaftsprozesse immer stärker nach dem Markt mit seinen funktionalen und ökonomischen Knappheitsgesetzen ausgerichtet werden.

Zweitens, daß der Bevölkerung ein höherer Lebensstandard durch Einkommensdifferenzierung, d.h. durch Leistungsanreize bei entsprechender Beschickung der Konsumgütermärkte, gewährt wird. Hierzu gehören auch Liberalisierungsmaßnahmen im allgemeinen gesellschaftspolitischen und kulturellen Leben.

Drittens, daß der Produktionsmittelapparat in Industrie, Landwirtschaft und infrastrukturellem Bereich so organisiert, ausgebaut und modernisiert wird, daß die Produktionsleistung stärker als bisher und womöglich ausschließlich durch Kapitaleinsatz und durch technischen Fortschritt erhöht wird, wie dies z. B. heute bei dem Arbeitskräftemangel in der DDR der Fall ist¹.

Alle drei Voraussetzungen werden vom Außenhandel und ganz besonders vom Handel mit den marktwirtschaftlichen Industriestaaten tangiert. Hierin sind alle Reformbestrebungen der RGW-Staaten begründet, ebenso ihre Versuche, den gegenseitigen Handel von Verzerrungen zu befreien und ihn immer stärker den Preisrelationen und nach und nach auch den Spielregeln der freien Weltwirtschaft - zumindest in gewissem Umfang - anzupassen. In jüngster Zeit sind jedenfalls die Bemühungen aller sozialistischen Staaten, ihren Wirtschaftsverkehr mit dem Westen zu intensivieren, besonders deutlich geworden.

Als ein bedeutender Schritt in dieser Richtung gelten die Beitrittsgesuche Rumäniens und Ungarns auf Vollmitgliedschaft zum GATT² und die Bereitschaft Bulgariens hierzu. Damit wollen die genannten Staaten die Hindernisse, die sich aus dem bilateralen Leistungs- und Zahlungsverkehr mit dem Westen ergeben, beseitigen, ihre gewerblichen Exporte nach dem Westen von mengenmäßigen Beschränkungen befreien, bessere Regelungen für die Agrarexporte erreichen, in den Genuß der Meistbegünstigungsklausel gelangen, ihren schwerfälligen Außenhandelsapparat an die internationalen Methoden anpassen, kurzum, ihre Wirtschaft zumindest soweit auf den Weltmarkt ausrichten, wie ihnen dafür freie Spielräume außerhalb der langfristigen Verpflichtungen - vor allem gegenüber der Sowjetunion - zur Verfügung stehen und sie diese Spielräume ausbauen können.

Die Entsendung eines ständigen Beobachters der Internationalen Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (IBZ) in Moskau zur EWG in Brüssel, die Anknüpfung von Kontakten zwischen den einzelnen sozialistischen Staaten und der EWG - wenn vorerst auch nur auf 'unterer Beamtenebene' -

¹ UN (ECE), Economic Survey of Europe 1969, a. a. O., S. 5.

² GATT = General Agreement on Tariffs and Trade (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) von 1947 zur Förderung des Welthandels.

und die Mitte Januar 1971 vom ungarischen Ministerpräsidenten Jenő Fock vorgeschlagene Zusammenarbeit zwischen RGW, EWG und EFTA¹ gehören jedenfalls zu den jüngsten weltwirtschaftlichen Aktivitäten der Oststaaten².

Als Beispiele für die Aufnahme Ungarns, Rumäniens und Bulgariens in das GATT kommen Jugoslawien und auch Polen in Frage³. Jugoslawiens GATT-Mitgliedschaft datiert vom August 1966, die ersten zwei Jahre im Status eines Entwicklungslandes, nachdem es 1959 darauf den Antrag stellte und bereits seit 1950 als Beobachter zu den Sitzungen der Contracting Parties zugelassen war. Das Exempel Jugoslawien lehrt, daß die sozialistischen Staaten dann in das GATT aufgenommen werden können, wenn ihre staatlichen Unternehmen geschäftlich autonom sind und sich nach den wirtschaftlichen Gesetzen des Marktes orientieren. In diesem Fall kann auch ein Zollltarif wirkungsvoll eingesetzt und Zollzugeständnisse bzw. die Meistbegünstigungsklausel in den Handelsverträgen vereinbart werden.

Mit seiner konvertiblen Währung und mit seinem weitgehend liberalisierten Außenhandel stellt Jugoslawien sicherlich den ersten, aber gewiß nicht den letzten Fall der weltwirtschaftlichen Integration eines sozialistischen Staates dar. Gegenwärtig entwickelt Jugoslawien zwei Drittel seines Außenhandels in konvertibler Währung ab, ein Viertel im Clearingverkehr mit dem Osten und weitere 10% im Clearingverkehr hauptsächlich mit Entwicklungsländern.

Polen erhielt die Vollmitgliedschaft zum GATT im Oktober 1967 durch Sonderregelungen und unter bestimmten spezifischen Bedingungen, die zum Teil noch erfüllt werden müssen.

¹ " Die Welt " vom 19. Januar 1971.

² H. GROSS befaßt sich in dem Aufsatz: Die Liberalisierungsprobleme im Ost-West-Handel; in: " Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa ", München, Jg. XVII (1968), H. 10, S. 145-155, mit den Voraussetzungen, Möglichkeiten und Hindernissen [der Liberalisierung] hüben und drüben. — Siehe auch: C. - D. ROHLER, Die Osthandelspolitik der EWG-Mitgliedstaaten, Großbritanniens und der USA gegenüber den Staatshandelsländern Südosteuropas. Südosteuropa-Studien 13, München 1969. — Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und der Handel mit Südosteuropa. Die Folgen der EWG-Kompetenzerweiterung für den Südosthandel. Südosteuropa-Studien 15, München 1970. — Reformen und Dogmen in Osteuropa. Herausgegeben von A. Domes, Köln 1971. Besonders verwiesen sei auf den Teil: Reformen und Außenwirtschaftsbeziehungen.

³ Siehe hierüber insbes.: D. REINHARDT, Die Beziehungen zwischen dem GATT und den osteuropäischen Ländern. In: " Europa-Archiv ", Folge 14/1970, S. 510-520.

Das nächste Land, das eher dem jugoslawischen als dem polnischen Beispiel zu folgen scheint, ist Ungarn. Dank seinen Wirtschaftsreformen, dank der inzwischen bereits vielfach nach dem Markt orientierten Produktion und Preisbildung, dann aber vor allem dank der unmittelbaren Einschaltung der Betriebe und ihrer Branchenorganisationen in das Außenhandelsgeschäft hofft Ungarn, die wichtigsten Voraussetzungen geschaffen zu haben, um in das GATT aufgenommen zu werden. Die ungarischen Wirtschaftspolitiker rechnen damit, daß auch der Forint in absehbarer Zeit und vor allem bei einer verstärkten Exportleistung in den Westen konvertibel gemacht werden könnte.

Nach der Erreichung ihres heutigen Grades der Industrialisierung mit Hilfe des sozialistischen Systems der Zentralverwaltungswirtschaft unter der Schutzglocke des Außenhandelsmonopols versuchen nun die meisten sozialistischen Staaten - vorab Jugoslawien, dann Polen und jetzt auch Ungarn, Rumänien und Bulgarien -, wenn vorerst auch nur für den westlichen Teil ihres außenwirtschaftlichen Verkehrs, wieder Anschluß an den Welthandel zu finden. Damit wollen sie sich an den wirtschaftlichen, technischen, wissenschaftlichen und zivilisatorischen Fortschritten der Welt partizipieren. Hier bewahrheitet sich für diese Staaten die Lehre von Marx und Engels, die als Theoretiker sagen, daß ein Land, wenn es seine Industrie mittels eines Schutzsystems aufgebaut hat (sie dachten damals freilich an das Schutzzollsystem), zwangsläufig wieder zur Weltwirtschaft zurückkehren muß, bietet doch nur die Weltwirtschaft Entfaltungsmöglichkeiten für die Industrie. Aber von dem Augenblick an, sagt Marx wörtlich, " wo man vom Weltmarkt abhängt, hängt man schon mehr oder weniger vom Freihandel ab " ¹.

¹ K. MARX, Rede über die Frage des Freihandels, gehalten am 9. Januar 1849 vor der Demokratischen Gesellschaft in Brüssel. In: Das Elend der Philosophie. Stuttgart 1885, Anhang II, S. 209.- Siehe außerdem: Fr. ENGELS, Schutzzoll und Freihandel. In: " Die Neue Zeit ", Revue des geistigen und öffentlichen Lebens, Stuttgart 1888, Jg. 6, S. 289 -299.

6. Zusammenfassung

Der Schlüssel für das Wachstum der südosteuropäischen Volkswirtschaften liegt in der Produktionsleistung und in der Exportfähigkeit ihrer Industrien.

Ohne die Modernisierung der Produktionsanlagen und der Produktionsmethoden der Industrie, ohne die Anpassung von Sortiment, Qualität und Service gerade der angebotenen Exportgüter an das sogenannte 'Welt-niveau' und ohne marktkonformes Verhalten werden die Südoststaaten ihre Industriewarenexporte nach Westeuropa und Übersee sicherlich nicht in dem von ihnen gewünschten Umfang ausweiten können. Damit werden aber zugleich auch Zahlungs- und Importmöglichkeiten für Produktionsmittel, Lizenzen, "know how", tropische und subtropische Güter des gehobenen Lebensstandards u. dgl. aus dem Westen limitiert. Eine Überbrückung können hier westliche Kredite, Kapitaltransfer sowie industrielle und wissenschaftlich-technische Kooperation auf breiter Grundlage verschaffen. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den sozialistischen und den westlichen Industriestaaten verlagern sich auch immer mehr in diese Richtung.

Damit greifen aber wirtschaftliche Entwicklung und wirtschaftliches Wachstum der sozialistischen Staaten unmittelbar in die Güter- und Kapitalmärkte des Westens und in die europäische wirtschaftliche Integration ein. Das heißt: Auch die mit Hilfe des sozialistischen Systems durchgesetzte und zurückgelegte Rostow'sche "take off"-Periode des wirtschaftlichen Wachstums gerade bei verhältnismäßig kleinen und daher besonders stark auf internationale Arbeitsteilung und Zusammenarbeit angewiesene Volkswirtschaften führt letzten Endes zumindest zur partiellen Intensivierung des Welthandels selbst.

Schon aus diesem Grunde allein erscheint es aber auch gerechtfertigt, daß sich empirische Wirtschaftsforschung, Wachstumstheorie und Weltwirtschaftslehre im gleichen Maße mit den Entwicklungs-, Wachstums- und Integrationsproblemen sowie mit den Reformbestrebungen der sozialistischen Staaten Südosteuropas befassen. Das eigentliche Ziel lautet jedoch, die so gewonnenen Erkenntnisse, Folgerungen und aufgedeckten Entwicklungstendenzen mit jenen der Soziologie, der Politologie, der Entwicklungsforschung, der Friedensforschung u. dgl. zu einem Ganzen zusammenzufügen und zu integrieren und dieses Ganze als ausgeformte Südosteuropaforschung in den Dienst des Fortschritts zu stellen.

Anhang

 Statistische Tabellen über Gesellschaft und
 Wirtschaft der sozialistischen Staaten Südosteuropas

Tabelle 1: Einwohnerzahl 1950 - 1980 (in Mill.)

Länder	Stand				Zuwachs	
	1950	1960	1970 ^a	1980 ^a	1950- -1980	Index 1980 (1950 = 100)
Albanien	1,21	1,61	2,13	2,60	1,39	215
Bulgarien	7,25	7,87	8,57	9,27	2,02	128
Rumänien	16,10	18,40	20,30	22,25	6,15	138
Ungarn	9,34	9,98	10,32	10,70	1,36	115
Jugoslawien	16,35	18,40	20,65	22,75	6,40	139
Insgesamt	50,25	56,26	61,97	67,57	17,32	134

^a Geschätzt.

Tabelle 2: Bevölkerung in Stadt und Land (in vH)

Länder	Stadt		Land	
	1947- -1949	1967- -1969	1947- -1949	1967- -1969
Albanien	20,5	34,0	79,5	66,0
Bulgarien	24,5	50,5	75,5	49,5
Rumänien	22,0	40,1	78,0	59,9
Ungarn	36,5	45,4	63,5	54,6
Jugoslawien	21,0	35,0	79,0	65,0
Einwohnerzahl aller Länder insgesamt in Mill.	12,1	24,7	36,0	36,3
in vH	24,7	40,5	75,3	59,5

Tabelle 3: Zahl der Arbeiter und Angestellten 1950 - 1967 (in 1000)

	1950	1967	Zunahme	Index 1967 (1950 = 100)
Albanien	82	312	230	380
Bulgarien	806	2 517	1 711	312
Rumänien	2 123	4 678	2 555	220
Ungarn	1 874	3 475	1 601	185
Jugoslawien	1 836 ^a	3 561	1 725	195
Insgesamt	6 721	14 543	7 822	217

^a 1953.

Tabelle 4: Struktur des Nationaleinkommens 1967 (in vH)

Länder	Bergbau, Industrie, Bauwirtschaft	Landwirtschaft		Andere Bereiche
		National- einkommen	Beschäfti- gung	
Bulgarien	54,6	31,2	41,6	14,5
Rumänien	59,5	28,3	54,4	12,2
Ungarn	67,6	20,2	30,1	12,2
Jugoslawien	55,7	20,5	50,0	23,8

Tabelle 5: Indikatoren bzw. Ergebnisse des wirtschaftlichen Wachstums
Indexzahlen 1968 (1950 = 100)

Länder	Arbeiter u. Angestellte insgesamt	Arbeits- produktivität in der Industrie	Industrieproduktion		Außenhandel (Import plus Export)	National- einkommen
			insge- samt	darin: Maschinenbau- industrie		
Spalte	1	2	3	4	5	6
Albanien	380 ^a	.	1 261	.	716	438
Bulgarien	316	379	982	2 827	1 346	498 ^b
Rumänien	225	434	916	1 939	666	522
Ungarn	188	232	471	685	552	273
Jugoslawien	194 ^c	226	503 ^c	536 ^d	773	333

^a 1967. — ^b 1948 = 100. — ^c 1952 = 100. — ^d Produktionsmittelindustrie.

Tabelle 6: Der Außenhandel nach Warengruppen 1968 (in vH)

Länder	Import				Export			
	Maschi- nen	Roh- stoffe	Verbr. - Güter	Nahr. - mittel	Maschi- nen	Roh- stoffe	Verbr. - Güter	Nahr. - mittel
Spalte	1	2	3	4	1	2	3	4
Bulgarien	45	43	6	6	26	22	16	36
Rumänien	47	44	6	3	21	42 ^a	15	22
Ungarn	29	57	6	8	34	22	24	20
Jugoslawien	36	52	5	7	22	43	15	20
Zum Vergleich: BR Deutschland	15	42	24	19	46	28 ^b	23	3

Spalte:

1) Maschinen, Ausrüstungen, Fahrzeuge. — 2) Rohstoffe, Halbwaren, chemische Erzeugnisse. — 3) Verbrauchsgüter. — 4) Nahrungsmittel, Getränke, Genußmittel.

^a Darunter: 9 vH Erdöl und Derivate. — ^b Darunter: 13 vH chemische Erzeugnisse und 10 vH Metalle.

Tabelle 7: Der Außenhandel insgesamt und an Maschinen und Ausrüstungen je Kopf der Bevölkerung 1968 (in Dollar)

Länder	Außenhandel			Maschinen, Ausrüstungen, Fahrzeuge	
	Import	Export	Insges.	Import	Export
Albanien	61	42	103	.	.
Bulgarien	210	193	403	94	50
Rumänien	82	75	157	39	16
Ungarn	176	174	350	51	59
Jugoslawien	89	63	152	32	14
Zum Vergleich: BR Deutschland	337	413	750	48	189

Tabelle 8: Regionale Struktur des Exports 1968 (in vH)

Export der Länder nach:	Albanien ^a	Bulgarien	Rumänien	Ungarn	Jugoslawien
1. Sowjetunion	-	55,4	31,0	38,2	16,5
2. Andere RGW-Länder	44,0	19,2	20,8	29,2	17,1
3. And. sozial. Länder ^b	42,9 ^c	2,3	5,9	2,6	1,5
1 - 3 Sozial. Länder insgesamt	86,9 ^c	76,9	57,7	70,0	35,1
4. Westliche Industrieländer	11,9	16,9	31,7	24,5	52,1
5. Entwicklungsländer	1,2	6,2	10,6	5,5	12,8
4 - 5 Westliche Länder insgesamt	13,1	23,1	42,3	30,0	64,9
1 - 5 Welt insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

^a Zahlen zum Teil geschätzt. — ^b Ohne Jugoslawien. — ^c Darunter VR China 39,3 vH; Anteil Chinas am albanischen Import: 63,1 vH.

Tabelle 9: Währungskurse in US-Dollar und in DM (Stand: 1.1.1971)

Länder	Währungseinheiten	Offizieller Verrechnungskurs ^a		Touristenkurs	
		\$	DM	\$	DM
Albanien	100 Lek	20,00	73,20	7,92	29,00
Bulgarien	100 Lev	85,50	313,00	50,00	183,00
Rumänien	100 Leu	16,67	61,00	5,47	20,00
Ungarn	100 Forint	8,50	31,00	3,28	12,00
Jugoslawien	100 Dinar	8,00	29,28	-	-
ab 25.1.1971	100 Dinar	6,67	24,40	-	-

^a Sog. 'Goldparität'.

Quellen: Statistische Jahrbücher der betreffenden südosteuropäischen Staaten. - Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 1970. - Narodnoje chozjaistvo SSSR v 1969 g. Moskva 1970. Ekonomika stran socializma. Moskva 1969. - Mir socializma v cifrach i faktach. Moskva 1969. - Direction of Trade. A Supplement to International Financial Statistics. Annual 1964-1968. - UN (ECE), Economic Bulletin for Europe, Vol. 21 (1970) Nr. 1.

Bibliographischer Hinweis

Das einschlägige Schrifttum über Südosteuropa ist ebenso umfangreich wie verstreut. Wertvolle Literaturzusammenstellungen aus den Bereichen: Wirtschaftswachstum, sozialer Wandel und außenwirtschaftliche Integration hat Gerhard Teich an Hand der Bestände der Bibliothek des Instituts für Weltwirtschaft Kiel veröffentlicht u. a. in:

1. Wachstumsprobleme in den osteuropäischen Volkswirtschaften. Herausgeg. von K. C. Thalheim. Schriften des Vereins für Socialpolitik. Neue Folge, Band 50/II, Berlin 1970, S. 331 - 373: Das Wirtschaftswachstum der europäischen Mitgliedstaaten des "Rats für Wirtschaftshilfe" im internationalen Schrifttum. Bibliographische Nachweise. Bearbeitet von G. Teich. Besondere Bedeutung verdienen die dort aufgeführten und bis 1969 reichenden Bibliographien (S. 331 - 335).
2. Von der Agrar- zur Industriegesellschaft. Sozialer Wandel auf dem Lande in Südosteuropa. Herausgeber: Fr. Ronneberger und G. Teich. Verlag Hoppenstedt & Co., Darmstadt, in Zusammenarbeit mit der Südosteuropa-Gesellschaft, München; Lieferungen ab 1968. Zu den von G. Teich den meisten der neunzehn Beiträge beigefügten Auswahlbibliographien wird in seinem eigenen und abschließenden XX. Beitrag: "Schrifttum zur Agrarsoziologie Südosteuropas" eine Komplettierung der vorausgegangenen Schrifttums- und Quellenverzeichnisse erfolgen.
3. Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe 1949 - 1963. Fünfzehn Jahre wirtschaftliche Integration im Ostblock. Bibliographie von G. Teich. = Kieler Schrifttumskunde zu Wirtschaft und Gesellschaft. Arbeiten der Bibliothek des Instituts für Weltwirtschaft 14. Kiel 1966, 445 Seiten.

THE
LIFE OF
SAMUEL JOHNSON
BY
BIOGRAPHICAL SKETCHES
BY
MRS. HANNAH MORE
AND
MRS. MARY CHURCHILL
IN TWO VOLUMES.
LONDON: PRINTED BY R. AND J. DODD, ST. MARTIN'S LANE, 1801.

Veröffentlichungen der Südosteuropa-Gesellschaft

Verlagsauslieferung: Dr. Dr. Rudolf Trofenik, Südostbuchhandel KG,
München 13, Elisabethstraße 18

Reihe SÜDOSTEUROPA -JAHRBUCH

1. Band: SÜDOSTEUROPA ZWISCHEN OST UND WEST - München 1957. 224 S., Ganzleinen DM 15,80
2. Band: IDEOLOGISCHE, KULTURELLE UND WIRTSCHAFTLICHE WANDLUNGEN IN SÜDOSTEUROPA - München 1958. 199 S., Ganzleinen DM 15,80
3. Band: WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG UND VOLKLICHE EIGENSTÄNDIGKEIT IN SÜDOSTEUROPA - München 1959. 245 S., Ganzleinen DM 15,80
4. Band: DER GEGENWÄRTIGE STAND DER WIRTSCHAFTLICHEN UND KULTURELLEN BEZIEHUNGEN ZU SÜDOSTEUROPA - München 1960. 191 S., DM 15,80
5. Band: DIE DONAU IN IHRER GESCHICHTLICHEN, WIRTSCHAFTLICHEN UND KULTURELLEN BEDEUTUNG - München 1961. 187 S., Ganzleinen DM 15,80
6. Band: DIE VOLKSKULTUR DER SÜDOSTEUROPÄISCHEN VÖLKER - München 1962. 216 S., Ganzleinen DM 18,-
7. Band: DEUTSCH-SÜDOSTEUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSPROBLEME - München 1966. 138 S., Ganzleinen DM 32,-
8. Band: DIE STADT IN SÜDOSTEUROPA - Struktur und Geschichte - München 1968. 183 S., Ganzleinen DM 38,-
9. Band: DIE WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE ENTWICKLUNG SÜDOSTEUROPAS IM 19. UND 20. JAHRHUNDERT- München 1969. 217 S., Ganzleinen DM 52,-

Reihe SÜDOSTEUROPA -SCHRIFTEN

1. Band: VÖLKER UND KULTUREN SÜDOSTEUROPAS - Kulturhistorische Beiträge - München 1959. 284 S., broschiert DM 22,-
2. Band: WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT SÜDOSTEUROPAS - Gedendenschrift für Wilhelm Gülich - München 1961. 600 S., Ganzleinen DM 48,-